



Beschlussempfehlung

des Europaausschusses

Aufforderung an die Europäische Kommission zur Umsetzung der Bürgerinitiative „Minority Safepack (MSPI)“

Im Wege der Selbstbefassung gemäß Artikel 23 Absatz 2 Satz 2 LV i. V. m. § 14
Absatz 1 Satz 2 GeschO

Der Europaausschuss hat in seiner Sitzung vom 27. November 2019 darüber beraten, dass die Rechte der Minderheiten gestärkt und in der Arbeit der Europäischen Kommission sichtbar verankert werden sollten. Die Ausschussmitglieder waren sich einig, dass der Europäischen Kommission in Abstimmung mit dem Südtiroler Landtag ein entsprechender Beschluss übermittelt werden solle.

Einstimmig empfiehlt der Europaausschuss dem Landtag im Wege der Selbstbefassung dementsprechend, den folgenden von den Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und den Abgeordneten des SSW vorgelegten Beschlussvorschlag mit dem Titel „Aufforderung an die Europäische Kommission zur Umsetzung der Bürgerinitiative ‚Minority Safepack (MSPI)‘“ zu übernehmen und ihm zuzustimmen:

- „Der Landtag bittet die Landesregierung, die Bundesregierung zu ersuchen, die Bürgerinitiative ‚Minority Safepack (MSPI)‘ auf europäischer Ebene zu unterstützen und jede sachdienliche Initiative zu ergreifen, um den Minderheitenschutz zu einer europäischen Angelegenheit zu machen.
- Der Landtag begrüßt die frühzeitige Initiative des Ministerpräsidenten, die neue Kommissionspräsidentin der Europäischen Kommission bereits auf die Bedeutung eines Minderheitenschutzes auf europäischer Ebene aufmerksam gemacht zu haben und bittet um weitere Unterstützung zur Umsetzung der Bürgerinitiative ‚Minority Safepack (MSPI)‘.
- Der Landtag bittet die Landesregierung, sich auch weiterhin bei jeder angemessenen Gelegenheit für die Bürgerinitiative ‚Minority Safepack (MSPI)‘ einzusetzen, sich für die wichtige Arbeit der Dachorganisation der Minderheiten in Europa, FUEN, mit Sitz in Flensburg, stark zu machen und

Schleswig-Holstein weiterhin als Standort der europäischen Minderheitenpolitik zu bewahren.

Begründung:

Den Minderheiten in Europa ist es gelungen, eine Europäische Bürgerinitiative für mehr Minderheitenschutz zum Erfolg zu führen. Insgesamt wurden 1.128.385 Unterschriften gesammelt. Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat diese Initiative mit einem Beschluss unterstützt (Drucksachen 18/1147 und 19/55 (neu)).

Das Zusammenleben zwischen Minderheiten und Mehrheiten im deutsch-dänischen Grenzland gilt zu Recht als vorbildlich. Leider sind der Minderheitenschutz und die Minderheitenförderung in Europa und selbst in der EU keine Selbstverständlichkeit.

Daher ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Europäische Union auf Grundlage der Bürgerinitiative ‚Minority Safepack (MSPI)‘ ein Signal zur Stärkung der Rechte der europäischen Minderheiten setzt.

Die Initiatoren der Bürgerinitiative ‚Minority Safepack (MSPI)‘ haben entschieden, die Unterschriften im Dezember der neuen EU-Kommission zu überreichen.

Die EU-Kommission ist nach Überreichung der Unterschriften angehalten, eine Antwort auf die Vorschläge und Forderungen der Bürgerinitiative zu formulieren. Die Initiatoren erhalten darüber hinaus die Möglichkeit, ihr Anliegen in einer Anhörung im Europäischen Parlament vorzutragen.

Die Bürgerinitiative wird von den drei Minderheiten und Volksgruppen in Schleswig-Holstein sowie der deutschen Minderheit in Nordschleswig unterstützt.

Der Europaausschuss des Landtages hat sich während seiner Ausschussreise im September in Südtirol mit Südtiroler Landtagskollegen sowie Regierungsvertretern besprochen. Es wurde vereinbart, zu prüfen, ob sich die Landtage in Südtirol und Schleswig-Holstein gemeinsam für eine Umsetzung der Bürgerinitiative aussprechen könnten.“

Wolfgang Baasch
Vorsitzender